DIE LINKE

April 2016

Ortsverband Rottenburg
Hirrlingen Starzach Neustetten
www.die-linke-rottenburg.de

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen-linke.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Kein Nachbarschaftshaus im Kreuzerfeld?

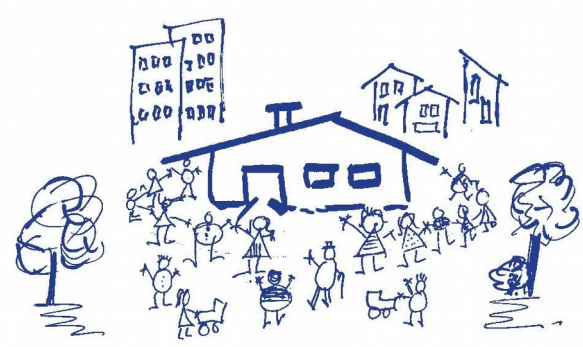
Hielt OB Neher absichtlich die Absage des Fördergeldes zurück?

Erst auf Anfrage von Dr. Peter (*DIE LINKE*) gab OB Neher in der Gemeinderatssitzung am 22. März 2016 - zwei Tage nach der seiner Wiederwahl - bekannt, dass die Stadt keine Zuschüsse für ihr geplantes Projekt an der alten Weilerstraße erhält. Dort sollte ein Bürgerhaus mit Räumen für Schulsozialarbeit, Jugendliche und Veranstaltungen errichtet werden.

Im November 2015 legte die Verwaltung überraschend einen Beschlußantrag für einen Quartiertreff am Sportplatz an der alten Weilerstraße am Rande des Kreuzerfeldes vor. Überraschend war dies auch deshalb, weil die Stadt sechs Monate nicht mit dem Förderverein für ein Haus der Nachbarschaft sprach - obwohl selbst Mitglied des Fördervereins.

Die Stadt beantragte beim Bund einen Zuschuss in Höhe von 520.000 Euro. Der Eigenbeitrag für das Projekt sollte sich auf 500.000 Euro belaufen. Der Antrag wurde abgelehnt und OB Neher stellte nun fest, dass ohne den Zuschuss das Vorhaben nicht finanzierbar sei. Kurz erklärte OB Neher, dass der vorgesehene Eigenanteil in die „Rücklage“ flösse. Wie jetzt verfahre werde, sei nicht bekannt.

Das Thema „Haus der Nachbarschaft“ auf dem zentral gelegenen Flurstück 12.608 im Kreuzerfeld-Süd wird wieder im Gemeinderat landen! Die Wahlergebnisse zeigen: Es ist nötiger denn je!



Das Ergebnis der städtischen Fehler ist ein erschreckend hoher Anteil an AFD-Wählern bei der Landtagswahl im Kreuzerfeld und im Dätzweg! Denn Integration braucht Orte der Begegnung, damit man Vorbehalte und Ängste „gegen die Anderen“ (Behinderte, Senioren, Migranten, Spätaussiedler) abbauen kann, indem man sich kennenlernt, miteinander spricht und feiert.

Wir brauchen einen Neuanfang für eine „soziale Stadt“. Neubaugebiete benötigen eine soziale Infrastruktur, damit sich Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen besser verstehen lernen. Und das alte und neue Kreuzerfeld bilden den größten Stadtteil der Kernstadt. Das Flurstück 12.608 in der Mitte vom Kreuzerfeld-Süd eignet sich in hervorragender Weise dazu, ein Gemeinschaftszentrum zu gründen, damit sich Bewohner des gesamten Kreuzerfeldes begegnen können, Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationserfahrung. Vielleicht zeichnet sich damit auch eine Lösung der Schulraumnot für die Grund- und die Realschule im Kreuzerfeld ab. Aber nur, wenn die Stadt mutig und diskussionsoffen vorangeht und nicht wieder in Kleinklein verfällt und nach Zuschüssen schielt! >>>

Lesen Sie weiter:

Landtagswahl: Trotzdem *DIE LINKE* im Aufwind Seite 3

Wohnen und arbeiten in Rottenburg Seite 4

Hurrah!!! - Rottenburg muss jetzt soziale Stadt werden Seite 5

Glyphosat - wie viel zählt unsere Gesundheit? Seite 6

Stuttgart 21 - Ausstieg jetzt! Seite 7

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

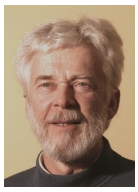
Unsere Gesellschaft ändert sich sehr schnell. Die Zahl der älteren Menschen nimmt stark zu, jüngere Menschen werden im Verhältnis dazu weniger und gründen später eine Familie, auch weil ihre Arbeitsverhältnisse immer unsicherer werden (Generation Praktikum). In den letzten fünf Jahren hat Baden-Württemberg einen Wanderungsgewinn von ca. 290.000 Einwohner gehabt – vor allem aus Rumänien, Italien und Kroatien. Viele haben sich in Neubauvierteln angesiedelt, mancherorts entstanden Ghettos.

Es ist ein großes Versäumnis der Stadtspitze, wenn sie sich über 1.100 Euro pro Jahr mehr Landeszuweisung für jeden Neubürger freut, aber nichts für die soziale Integration von ihnen tut! Das war schon der Fehler in den Hochhäusern im alten Kreuzerfeld, in denen ein starker Bewohnerwechsel stattfand. Weil viele von ihnen mit ihrer Lebenssituation dort oben und den Busverbindungen in die Stadt unzufrieden waren, haben sich einige im Förderverein für das Haus der Nachbarschaft engagiert.

Sollte die Verwaltung trotz allem immer noch keinen Verwendungszweck für 500.000 Euro in der Rücklage finden, dann werden jetzt etwa 500.000 Euro Haushaltsmittel frei, die für eine tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen gut gebraucht werden.

Aber weiterhin kann aus der Stellungnahme von ***DIE LINKE*** zur Verwaltungsvorlage vom November zitiert werden:

Wir fordern die Stadt auf, diese einmalige Entwicklungschance auf dem Flurstück 12.608 zu nutzen.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Die Montagsdemos auf dem Tübinger Holzmarkt

Ein Rückblick - eine Vorschau

Am 1. Februar 2016 fand auf dem Tübinger Holzmarkt die 555. Montagsdemo gegen Hartz IV statt. Wir demonstrieren gegen den Sozialabbau, der von SPD und den Grünen eingeführt wurde. Seit 2004 gehen wir gegen die Armutsfalle für Arbeitslose auf die Straße.

Die Montagsdemonstrationen, die in vielen deutschen Städten stattfinden, sind parteiunabhängig. Sie werden von den Teilnehmern geplant, die Themen von ihnen festgelegt und durchgeführt.

Seit 1. Januar 2005 gibt es keine Arbeitslosenhilfe mehr. Sie wurde ersetzt durch das Arbeitslosengeld II. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden zusammengelegt.

Die Ausdauer der Teilnehmer ist darin begründet, dass sich an der Gesetzeslage auch nach10 Jahren nichts geändert hat und sich die Durchführungspraxis verschärft hat. Leider müssen wir feststellen, dass die Zahl der Teilnehmer abnimmt.

Wir bedauern, dass die meisten Bürger meinen, sie würden die Regelungen von Hartz IV niemals betreffen. Aber wer kann sich seines Arbeitsplatzes heute noch auf lange Zeit gewiss sein? Wer kann sich sicher sein, nicht berufs- oder erwerbsunfähig zu werden? Wer kann davon ausgehen - gerade im akademischen Bereich - immer eine Anschlußbeschäftigung zu finden?

Der Weg in die Arbeitslosigkeit kann überall sehr kurz und der Weg durch die Job-Center sehr lang sein.

War das ursprüngliche Motiv der Montagsdemonstrationen der Protest gegen Hartz IV, so werden inzwischen auch andere Themen angesprochen. Unter den Teilnehmern finden sich Umweltschützer wie auch Kritiker der Globalisierung und Atomkraftgegner.

Die Montagsdemonstranten fordern u.a.:

Abschaffung der bestehenden Sanktionen bei Hartz IV

Keine weiteren Kürzungen und Verschlechterungen

Stärkung der Rechte der Leistungsbezieher gegenüber den Jobcentern

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von 2014 umsetzen

Deutliche Erhöhung der Regelsätze

Soziale Gerechtigkeit ist eine Forderung, die nicht nur von den einzelnen direkt Betroffenen formuliert wird. Vielen Mitbürgern ist klar, dass unser soziales System und unsere politische Ordnung ohne soziale Gerechtigkeit nicht erhalten werden können. Ausgrenzung trifft nicht nur den Einzelnen, auch die Gesellschaft ist rückwirkend betroffen. Nicht erwünschte Reaktionen der Wahlbürger sind zu erwarten und Parteien können Einfluss gewinnen, die gerade diese Destabilisierung anstreben.
Hartz IV war und ist eine Bedrohung unserer sozialen und politischen Ordnung.

Wehren wir uns!

Demonstrieren wir dagegen!

Hans Jürgen Petersen

Rottenburg

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Landtagswahl: Trotzdem ist DIE LINKE im Aufwind!

Die Grünen werden zur führenden wertkonservativen Partei

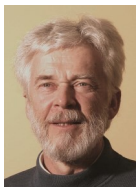
Alle drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt waren vom bundespolitischen Flüchtlingsthema und der Haltung der Kandidaten zum Kurs von Angela Merkel beherrscht. Kandidaten wie Guido Wolf (CDU) und Julia Klöckner (CDU), die Merkel (CDU) kritisierten, verloren – Malu Dreyer (SPD) und Wilfried Kretschmann (Grüne) unterstützten sie und gewannen. Außerdem wirkte der Schock des Wahlerfolgs der AfD bei den hessischen Kommunalwahlen eine Woche zuvor nach. Die AfD erreichte bei Verlusten bei CDU,SPD und Grünen 11,9 Prozent .

Noch eine Woche vor dem Wahltermin war die Hälfte der WählerInnen im Ländle stark verunsichert, wen sie wählen sollten. Dies zeigt auch, dass die Bindekraft der beiden so genannten Volksparteien CDU und SPD weiter drastisch abgenommen hat.
Im Wahlkreis Tübingen verlor die CDU im Vergleich zu 2011 noch einmal über 6.000 Stimmen und beschleunigte auch hier ihren Absturz als selbstherrliche „Landespartei“. Sicherlich ist dies auch eine persönliche Niederlage für Ex-Oberbürgermeister Klaus Tappeser: Lagen CDU und Grüne im Kreis Tübingen 2011 mit je 32 Prozent noch gleichauf, so hat Lede Abal (Grüne) jetzt fast 14 Prozent mehr als Tappeser (CDU). Nur noch in zwei der 32 Rottenburger Wahlkreise erreichte die CDU über 40 Prozent. Dank Kretschmann sind die Grünen endgültig zur führenden wertkonservativen, wirtschaftsfreundlichen Partei (Heimat, Natur, „grünes Wachstum“, Leistung) im Ländle geworden.
Zweistellig verlor die SPD und blieb in Rottenburg sogar unter 10 Prozent, nachdem ihr jegliches, auch soziale Profil abhanden gekommen ist. Eine Folge von Sigmar Gabriels ungezügelten Kriegswaffenexporten und grenzenloser TTIP-Begeisterung, von Nils Schmids Wohnungsverkauf an Immobilienhaie und der Zustimmung zu Stuttgart 21. **In Rottenburg weiß kaum noch jemand, worin sich die SPD von OB Nehers (CDU) Politik unterscheidet.**
Der Wahlerfolg der AfD speist sich aus mehreren Quellen. 70 Prozent wählten sie nicht wegen ihres Programms, sondern aus Protest wegen großer Unzufriedenheit mit der unsozialen Regierungspolitik der letzten Jahre. Die AfD schürte erfolgreich Ängste und Unzufriedenheit und lenkte sie rassistisch gegen Flüchtlinge und den Islam. Hinzu kam eine fehlende Integration vieler Zuwanderer aus Russland, die nach der Kölner Sylvesternacht auf die Hetze gegen Flüchtlinge im russischen Fernsehen hereinfielen.

DIE LINKE hat ihr Wahlziel, in den Landtag einzuziehen, mit 2,9 Prozent klar verfehlt. **Trotzdem befindet sie sich im Aufwind, weil sie in allen größeren Städten wie Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe und Tübingen deutlich über fünf Prozent liegt und im Vergleich zu 2011 landesweit 16.500 Stimmen oder 11,8 Prozent dazugewonnen hat.** Dies ist vor allem einer verlässlichen und klaren sozialen Kommunalpolitik geschuldet, wie der Wahlkreis Tübingen zeigt. In Tübingen Kernstadt hat ***DIE LINKE*** um 1.650 Stimmen auf 9,4 Prozent zugelegt, im gesamten Wahlkreis 5,3 Prozent erreicht.
Dies gilt auch für Rottenburg: Hier hat *DIE LINKE* in der Kernstadt mit 5,4 Prozent die Hürde geknackt. Aufgrund ihres hohen Bekanntheitsgrades und der klaren Politik im Gemeinderat liegt *DIE LINKE* in acht von 14 Wahlbezirken der Kernstadt über fünf Prozent und hat ein Viertel mehr Stimmen als 2011 bekommen. In der Gesamtstadt erreichte sie 3,6 Prozent. Sie muss ihre Arbeit in den Teilorten noch verbessern.

Deutlich wird: Es geht weiter aufwärts, aber aufgrund der Wahlerfolge der AfD in sechs von 32 Wahlbezirken mit nahe 20 Prozent wachsen die Herausforderungen für alle demokratischen Parteien, sich für sozialen Zusammenhalt, Toleranz, Demokratie und Frieden einzusetzen und die ungelösten Probleme in unserer Stadt endlich anzupacken.

***DIE LINKE* dankt allen Unterstützern und garantiert, dass Ihre Stimme für soziale Gerechtigkeit nicht verloren ist, sondern in den nächsten Jahren Gewicht haben wird.**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Wir machen weiter. Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität.

Bernd Riexinger zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg:

„Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die mit uns einen so engagierten Wahlkampf geführt haben. Das Wahlergebnis ist für uns bitter, wir hatten mehr erhofft. Im Wahlkampf hatten wir viel Zuspruch und auch viel Zulauf gerade von jungen Menschen bekommen. Daran werden wir jetzt anknüpfen, um in den nächsten Jahren weiter nach vorne zu kommen. Wir erleben gerade in Baden-Württemberg einen massiven Erosionsprozess der SPD und der CDU. Und wir beobachten eine Rechtsruck, für den die Politik der großen Koalition und auch der Landesregierung verantwortlich ist. Jegliche inhaltliche Diskussion war überlagert von der Flüchtlingsfrage, landespolitische Themen wurden kaum diskutiert. Eines ist aber völlig klar: DIE LINKE wird auch weiterhin klare Kante gegen Rassismus und Rechtspopulismus sowie für mitmenschliche, sozial gerechte Politik zeigen.“

Wohnen und arbeiten in Rottenburg

Die Gemeinderatsliste ***DIE LINKE*** brachte folgenden Vorschlag für die Klausurtagung des Gemeinderats ein:

Rottenburg, den 8.3.2016

Betrifft: Klausurtagung des Gemeinderats Rottenburg „Wohnen und

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Neher!
Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat!

1. Die Gemeinderatsliste *„DIE LINKE“* begrüßt das öffentliche Nachdenken von Oberbürgermeister Ne Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft für Rottenburg und die Klausurtagung des Gemeind diesem Thema.

2. In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, für die o.g. Klausurtagung einen Repräsentanten des Wiener „wohnfonds_wien“ als Referenten einzuladen.
Das Wiener Modell ist ein international anerkanntes Vorzeigemodell einer nachhaltigen Wohnbaupoliti knüpft mit der Stadtentwicklungsplanung. Zwar kann die Stadt auf eine lange Tradition im preiswerten Wohn zurückgreifen. Aber ihre großen Erfolge hat sie vor allem im Neubau ganzer Stadtviertel. So gehören der Sta Wohnungen, 200.000 weitere Wohnungen wurden mit öffentlichen Geldern gefördert und gehören ve Genossenschaften. Insgesamt leben von den 1,8 Mio. Einwohnern der Stadt etwa zwei Drittel in einer Gemei nung oder einer geförderten Wohnung zu bezahlbaren Preisen.
Seit 1995 lobt der „wohnfonds_wien“ unter Leitung des Baubürgermeisters zahlreiche Bauträgerwettbewerb anhand des Vier-Säulen-Modells (Kriterien: Soziale Nachhaltigkeit, Architektur, Ökologie und Ökonomie Bewerber zu ermitteln.

3. Aufgrund dieser kurzen Angaben glauben wir, dass der Gemeinderat und die Verwaltung in Rottenburg vo erfahrenen Repräsentanten des Wiener Modells entscheidende Anregungen für Wohnungsbau und Sta lungsplanung erhalten können, besonders für folgende Aspekte:

- Bedürfnisse in der Bevölkerung nach preiswertem Wohnungsbau und Zielgruppen des Wiener M

- verschiedene Finanzierungsmodelle und Bauträger (Kommune, Genossenschaften, private Träg

- Zusammenspiel von ökologischen und ökonomischen Aspekten (Bodennutzung, „Stadt der kurz

- Verbindung von Wohnungsbau und Stadtentwicklungsplanung.

Ergänzend zu den Referenten aus Wien bitten wir Herrn Baubürgermeister Weigel, Referenten der Architekte Baden-Württemberg einzuladen, weil in Rottenburg mit unseren zahlreichen Teilorten und der Kernstadt eine dere Ausgangssituation für den Wohnungsbau vorliegt.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn unser Vorschlag aufgegriffen würde, weil uns eine schnelle Lösung der g Probleme im preiswerten Mietwohnungsbau und eine gemeinsame Stadtentwicklungsplanung für die Kernsta die Teilorte sehr am Herzen liegt.

Außerdem möchten wir anregen, die örtlichen Initiativen zum Wohnungsbau und zur Stadtentwicklungsplan den AK Stadtbild und den Förderverein „Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld-Süd“ zu der Klausurtagung e um eine breite öffentliche Diskussion in unserer Stadt zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen – Dr. Christian Hörburger, Dr. Emanuel Peter

100% sozial. DIE LINKE. 100% sozial. DIE LINKE. 100% sozial. DIE LINKE. 100% sozial. DIE LINKE.

Hurrah!!! - Rottenburg muss jetzt soziale Stadt werden

OB Stephan Neher muss Wahlversprechen einlösen

OB Neher wurde wiedergewählt. Es ist keine Überraschung. Zur Selbstzufriedenheit gibt das Wahlergebnis jedoch keinen Anlass.

„Über 80 Prozent Zustimmung sind ein gutes Ergebnis“, sagte OB Neher am Abend seiner Wiederwahl vor dem Rathaus. Offensichtlich spielt es da keine Rolle, dass in der Kernstadt die Wahlbeteiligung bei lediglich 25,5 Prozent lag. Nur dank Teilorten wie Hemmendorf, Bad Niedernau und Obernau kletterte sie auf 36,3 Prozent für die Gesamtstadt. Und damit geben sich Oberbürgermeister und Landräte heutzutage zufrieden?! - Sie müssen sich damit zufrieden geben.

Es gibt zwei Möglichkeiten eine geringe Wahlbeteiligung zu begründen:
Die Bürger sind mit der Arbeit des Kandidaten zufrieden. Sie sehen keinen Grund zur Wahl zu gehen, denn der alte OB wird wieder der neue OB sein. Der neue OB wird sich natürlich dieser Interpretation des Ergebnisse anschließen.
Zur Verdeutlichung des Verhältnisses von abgegebenen gültigen Stimmen zum prozentualen Wahlergebnis hier ein Beispiel, um zu zeigen, wie wenig aussagekräftig diese Zahl ist. Hätte nur **ein** einziger Wähler in der gesamten Stadt **einen** gültigen Wahlzettel abgegeben und „Neher“ angekreuzt, dann könnte der Kandidat Neher auf 100 Prozent der Stimmen verweisen. So viel zu den 81,7 Prozent Stimmenanteil, den er erhalten hat. Nur die geringe Wahlbeteiligung ließ den Wahlsieg so großartig erscheinen. Macht man eine weitere - hypothetische - Rechnung auf, dann wird klar, wie schlecht Neher doch abgeschnitten hat. Von den insgesamt 33.392 Wahlberechtigten, wählten ihn gerade 9.200, d.h. gerade einmal 36,29 Prozent haben ihn gewählt - wenig mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten. So viel zu Nehers „gutem“ Ergebnis.

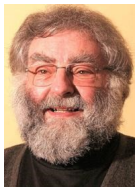
Die zweite Interpretation lautet:
Die geringe Wahlbeteiligung zeigt die Unzufriedenheit der Bürger. Für sie gab es keinen wählenswerten Kandidaten. Wer sich die offizielle Präsentation des Herausforderers antat, konnte sich

dieser Meinung nur anschließen. Dass trotzdem 13,5 Prozent auf ihn entfielen ist auslegungsfähig - vor allem in Richtung seiner Wähler.
Ein weiterer Beleg der Unzufriedenheit ist die hohe Zahl an ungültigen Stimmen. 862 Stimmzettel waren ungültig. Man kann davon ausgehen, dass die Wähler in der Mehrzahl nicht zu dumm sind, einen einfachen Wahlzettel auszufüllen. Sie wollten ihr fehlerhaftes Verhalten als Ablehnung verstanden wissen. Ein zusätzlicher Beleg für die Unzufriedenheit ist die große Zahl der auf die Wahlzettel handschriftlich geschriebenen Namen. Immerhin waren es 540 Stimmzettel ((4,8 Prozent), die nicht unter die Rubrik „auch nur Spasskandidaten“ abzubuchen sind.

Deutliche Spuren im Wahlergebnis hat Nehers Verhalten in Kiebingen (Bundesstraße) und im Kreuzerfeld-Süd (Nachbarschaftshaus) hinterlassen. Aber auch die teure Fehleinschätzung beim Kauf des DHL-Geländes, die verschleppte Sanierung von Schulgebäuden (Kreuzerfeld, Hohenberg), seine Haltung zu Bodenmiller (Kopp-Verlag) haben sicher das Ergebnis beeinflusst. Das sieht man am überraschend hohen Abschneiden seines Gegenkandidaten Joachim Schneider.
Deutliche Pluspunkte hat Neher sicherlich mit seiner klaren Haltung in der Flüchtlingsfrage und bei der Demonstration gegen den rassistischen Überfall auf zwei Frauen im Dezember 2014 gesammelt.

Für OB Neher wird es jetzt darauf ankommen, ob er mutig den (sozialen) Wohnungsbau und das Nachbarschaftshaus im Kreuzerfeld anpackt, ein Gesamtkonzept für die Kernstadt-Schulen vorlegt und endlich das Problem einer tarifgerechten Bezahlung der Erzieherinnen löst. Dabei ist entscheidend, **Transparenz und Bürgerbeteiligung zu fördern, um das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen**. Schließlich ist er nicht Interessenvertreter einer Partei, sondern verpflichtet, die Interessen der Gesamtstadt zu vertreten.

Dass die Demokratie bereits durch das Fehlen präsentabler Gegenkandidaten gelitten hat, ist keine Frage. Ein Gegenkandidat aus den Reihen der CDU war nicht zu erwarten, denn es wäre ein Misstrauensvotum der eigenen Partei gegen Neher gewesen. Einen Kandidaten aus den Reihen der SPD hätte man schon erwarten können. Aber wahrscheinlich wollte man die gute Zusammenarbeit, um nicht von Kumpanei zu sprechen, mit dem alten / neuen OB nicht gefährden. Warum aus Kiebingen kein Kandidat zu finden war, muss verwundern. Wie ernst nimmt es zumindest ein Teil der Kiebinger mit ihrer Kritik am OB und ihrem Problem „Bundesstraße“?
Auf Rottenburg kommen spannende Zeiten zu - und wir sind kritisch dabei!



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Glyphosat – wie viel zählt unsere Gesundheit?

Unkrautgift ist in vielen Lebensmittel und in der Umwelt

Finden Sie es richtig, dass Mütter ihre Neugeborenen stillen? Essen Sie gern Weizenbrot? Trinken Sie an heißen Sommertagen (oder auch sonst) ein oder zwei kühle Biere? Dann ist es kein Wunder, dass in einer repräsentativen Untersuchung von 2.000 Testpersonen 99 Prozent Rückstände des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat im Urin hatten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält das Mittel für „wahrscheinlich krebserregend“.

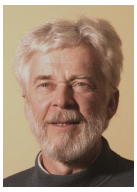
Glyphosat, in Baumärkten und Gartencenter häufig als **„Roundup“** verkauft, wird auf mehr als einem Drittel der Ackerfläche in Deutschland kurz nach der Aussaat und manchmal vor der Ernte eingesetzt, damit man sich das Pflügen erspart.
Kürzlich untersuchte ein Institut 14 Biersorten, die Deutsche am meisten trinken. In allen wurden Rückstände gefunden. Der Gehalt an Glyphosat lag bis zu 300fach über dem gesetzlichen Grenzwert für Trinkwasser. Das Umweltbundesamt bestätigt, dass die Belastung des Urins mit Glyphosat sich in den letzten 15 Jahren verfünffacht hat.
In einer Untersuchung über Muttermilch konnte das Gift bei Müttern in allen 16 Bundesländern nachgewiesen werden. Eine Ursache ist, dass man die Grenzwerte für Weizen verdoppelt und für Gerste vervierfacht hat.

Doch das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) verharmlost die Krebsgefahr: Man müsse erst 100 Liter Bier pro Tag trinken, damit Glyphosat gefährlich wird. Warum also der knallharte Widerstand, es zu verbieten und die Bevölkerung zu schützen? Dagegen warnen Wissenschaftler seit langem, dass Glyphosat in vielen Lebensmitteln und der Umwelt vorhanden ist und sich dadurch die Gefahr summiert.

Dahinter stecken Konzerne wie Monsanto, Bayer und die BASF mit ihren Lobbyisten. 1974 ließ sich Monsanto das Unkrautgift patentieren. 2012 wurden rund 720.000 Tonnen davon produziert, in Deutschland 6.000 Tonnen auf den Äckern ausgebracht – für Weizen liegt der Grenzwert einer Gesundheitsgefahr bei 5 Milligramm pro Kilo!
Jetzt muss die Genehmigung für Glyphosat erneuert werden. Die EU-Kommission will sie bis 2031 verlängern. Das Bundesamt für Risikobewertung, in dem zufällig drei Vertreter von Bayer und BASF sitzen, macht die entscheidende Vorlage für die EU-Kommission. Die Süddeutsche Zeitung hat letztes Jahr enthüllt, dass dieses Institut 14 Leserbriefe von Monsanto-Beschäftigten als wissenschaftliche Studien gewertet hat, um Glyphosat als unbedenklich einzuschätzen – ein Skandal.
Für Monsanto hängt die Hälfte seines Milliardenumsatzes direkt oder indirekt vom weltweiten Verkauf dieses Umweltgiftes ab.

Im letzten Jahr sind über 115.000 Menschen für ein Verbot und gegen die Zulassungsverlängerung von Glyphosat eingetreten. Daran gilt es festzuhalten:

Menschen vor Profite!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Wichtige Lese-Empfehlung: Marie-Monique Robin: Mit Gift und Genen. Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert.

TTIP auf der Kippe?

Die Zahl der Kritiker in den USA wächst

Schwindet das Interesse der USA an TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)? Im Rahmen eines Freihandelsabkommens haben sich die USA und 11 Pazifikstaaten auf die Transpazifische Partnerschaft (TTP) verständigt, doch die Kritik nimmt zu. Sollte TTP nicht zustande kommen, steht es auch um TTIP schlecht.

Donald Trump, der derzeit führende Kandidat der Republikaner in den USA für die Präsidentenwahl, hat sich kritisch geäußert. Auch Bernie Sanders, Kandidat hinter Hillary Clinton für die Demokraten, äußert sich ablehnend gegenüber TTP und TTIP. Es geht dabei nicht um Details, sondern es sind grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem Freihandel. Hillary Clinton äußert sich verhalten zu TTP und TTIP. Dass TTIP noch unter einem Präsidenten Obama zustande kommt, scheint ausgeschlossen.
Sollte es bei einer allgemeinen Absage bleiben, dann sind keine Einzelfragen zu verhandeln. Schiedsgerichte hin oder her spielten keine Rolle mehr und Organisation und Zusammensetzung auch nicht. Die Mittelschicht in den USA erkennt, dass nicht alle zu den Globalisierungsgewinnern gehören. Umfangreiche Freihandelsabkommen sind ein Instrument der Globalisierung und oft führten sie hauptsächlich zur Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer verbunden mit dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Schon werden die Gegner der Abkommen als Populisten beschimpft - nicht nur in den USA. Natürlich wäre eine Ablehnung von TTP und TTIP eine böse Schlappe für die marktradikalen Befürworter. Man kann warten, bis das nächst Totschlagargument hervorgeholt wird: Die TTIP-Gegner sind doch nur dumme Opfer russischer Desinformationskampagnen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Stuttgart 21 – Ausstieg jetzt!

Wir alle kennen das Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21, bei dem der leistungsfähige Kopfbahnhof in einen wesentlich leistungsschwächeren Tiefbahnhof umgestaltet werden soll. Hierbei geht es nicht etwa um die Umsetzung neuester technischer Errungenschaften, sondern allein um das Machtgehabe von Politikern, Lobbyisten und Großindustriellen. Das Projekt enthält so viele Mängel und Ungereimtheiten, dass es Bände füllen würde, diese alle aufzuführen.

Seit Jahren ist die Stuttgarter Innenstadt total verwüstet, ohne dass auf dieser „größten Baustelle Europas“ ein nennenswerter Baufortschritt erkennbar wäre. Ob und wann Stuttgart 21 jemals in Betrieb gehen wird, ist mehr als fraglich, aber laut Bundeskanzlerin Merkel hängt hiervon die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ ab. In Wirklichkeit aber wird Stuttgart 21 zu einem Projekt, bei dem Lug und Trug an der Tagesordnung ist.
Dies gilt insbesondere für die Kosten, einen der wichtigsten Knackpunkte. Es wird getrickst und schöngerechnet. Galt bis Ende 2012 noch ein Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro, wurden daraus mit Hilfe krimineller Energie offiziell 6.8 Milliarden, nachdem sich die Mehrkosten nicht mehr leugnen ließen.

Nun hat der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn die Aufgabe, das Unternehmen vor Schaden zu bewahren. Bei einer Summe von 6,8 Milliarden ist bereits die Grenze überschritten, an der sich Stuttgart 21 noch wirtschaftlich rechnet. Somit hätte der Aufsichtsrat das Projekt stoppen müssen. Tatsächlich stand Stuttgart 21 Ende 2012 kurz vor dem Aus.

Das war der Kanzlerin aber gar nicht recht, denn 2013 standen Bundestagswahlen an. Da käme ein Ende von Stuttgart 21 sehr ungelegen, die Blamage wäre einfach zu groß. Somit erging die Anordnung an den damaligen Kanzleramtsminister Pofalla, dafür zu sorgen, Stuttgart 21 weiter zu bauen, koste es was es wolle.
So nahm Pofalla Einfluss auf die Mitglieder des Aufsichtsrats, trotz Unwirtschaftlichkeit mehrheitlich für einen Weiterbau zu stimmen, was dann auch geschah. Stuttgart 21 solle weitergebaut werden, indem weitere zwei Milliarden Euro in das Fass ohne Boden gepumpt werden.

Nun ist die Bahn eine Aktiengesellschaft, deren Eigentümer der Bund ist. Der Bund ist aber nicht berechtigt, auf das operative Geschäft der Bahn Einfluss zu nehmen, anderenfalls ist dies eine strafbare Handlung. Aber auch die Aufsichtsratsmitglieder machen sich strafbar, wenn sie sich einer solchen Einflussnahme unterziehen und haften für den entstandenen Schaden.

Wie Pofalla es nun geschafft hat, einige Aufsichtsratsmitglieder trotz deren erheblichen Bedenken umzustimmen,

ist unklar. Fest steht nur, dass er für dieses Vorgehen fürstlich belohnt und in den Vorstand der Bahn berufen wurde, wo er nun für die Aufgabenbereiche Politik und Lobbyarbeit zuständig ist. Sein Jahressalär stieg gleichzeitig von 240.000 auf über 1,5 Millionen Euro. Und Kanzlerin Merkel hat nun über ihren ehemaligen Kanzleramtsminister ein leichtes Spiel, bei der Bahn und somit bei Stuttgart 21 kräftig mitzumischen.

Rechtsanwalt Dr. Eisenhart von Loeper, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen S21, stellte daraufhin Strafantrag wegen Untreue gegen einige Mitglieder des Aufsichtsrats und des Bahnvorstandes sowie die früheren Bundesminister Pofalla und Rösler. Die Strafverfolgung scheiterte jedoch an dem Vorbehalt, dem Aufsichtsrat müsse „nicht bewusst gewesen sein, dass ein Ausstieg aus dem Projekt „Stuttgart 21“ mit geringeren Kosten verbunden sein würde als dessen Fortführung“. Dies stellt jedoch einen unhaltbaren Zustand dar.

Von Loeper gab nun bei der neutralen Verkehrsberatungs-GmbH Vieregg-Rösler (München) ein Gutachten in Auftrag, das einerseits die Gesamtkosten von S21, andererseits aber auch die Kosten eines möglichen Ausstiegs aus dem Projekt gegenüberstellen sollte. Das Ergebnis ist, dass die Gesamtkosten jetzt bei 9,8 Milliarden Euro liegen, ein Ausstieg mit 1,9 Milliarden aber um 7,9 Milliarden Euro günstiger käme. Selbst der Umstieg auf eine Ertüchtigung des bestehenden Kopfbahnhofs brächte immerhin noch eine Ersparnis von 6 Milliarden Euro.

Der Aufsichtsrat ist zur Prüfung dieser Studie verpflichtet. Um die Schädigung der Bahn nicht zu vergrößern, ist ein Bau- und Vergabestopp zu S 21 jetzt schon angebracht. Der Weiterbau von Stuttgart 21 wäre eine nicht zu überbietende strafbare Untreue zu Lasten der Bahn und der Allgemeinheit. Bahn-Vorstände und Aufsichtsräte spielen existenziell mit dem Feuer und mit ihrer Zukunft, wenn sie sich darüber erneut hinwegsetzen sollten.

Schließlich hat die Staatsanwaltschaft Berlin den Anfangsverdacht des Vorwurfs der Strafvereitelung gegenüber den Berufskollegen der eigenen Behörde bejaht, welche vor einigen Monaten über die Verfahrenseinstellung verfügt hatten. Das ist sensationell. Deshalb wurde jetzt die Neuaufnahme der Ermittlungen gegen die Bahn-Vorstände und Aufsichtsräte sowie gegen die Exminister Pofalla und Rösler wegen Untreue beantragt. Und zwar auch unter Bezug auf ein BGH-Urteil vom 10.09.2015, das eine vorsätzliche Straftat bejaht, wenn die Schadensfolge nur für „möglich gehalten“, aber in Kauf genommen wurde. Genau diese Voraussetzung ist hier eminent erfüllt.

Dieser neue scharfe Wind weht dem Aufsichtsrat jetzt derart ins Gesicht, so dass er während seiner Sitzung Mitte März selbst zwei Gutachten in Auftrag gegeben hat, eines bezüglich der Kostenexplosion, das andere bezüglich des eigenen Haftungsrisikos. Und selbst die Bundeskanzlerin kann ihre schützende Hand nicht mehr über S21 halten, nachdem ihre derzeitigen Aufgaben vorrangig in der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu suchen sind.

Dies alles stärkt uns in der Zuversicht, dass es jetzt tatsächlich zu einem Ausstieg aus S21 kommt und sich die kriminellen Aktionen von 2012/13 nicht wiederholen. Deshalb gilt auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Hauptsach er macht sei Gschäft!

Oder: Nix gsagt isch gnuag gschwätzt.

Zugegeben: Der Wahlkampf zur Wiederwahl des Oberbürgermeisters war kein Kampf. Es war eine recht langweilige Veranstaltung.

Warum hat der alte OB nicht etwas Spannung in den Wahlkampf gebracht? Es wäre ein Leichtes für ihn gewesen. Eine kleine Andeutung zu seinem derzeitigen Familienstand hätte schon genug Pep oder vielleicht sogar Glanz ins Ganze gebracht. Aber nein! Langweilend dümpelten die Wahlvorbereitungen vor sich hin. Nahezu alleinstehend warb der OB auf dem Metzelplatz um Stimmen. (Ich bitte die Wortwahl zu beachten.) Er hatte Mühe nicht übersehen zu werden.

Der investigative Journalismus scheint in Rottenburg auch nicht so ausgeprägt zu sein. Stellen Sie sich einmal vor, der Wohnort der Mutter des Sohnes des OB wäre bekannt geworden. Nehmen wir an, sie wohne in Panamadorf. Welch ein Aufmacher hätte das werden können:

Die Panamadorf-Papers enthüllen - Neher wieder Vater geworden

Tagelang, wenn nicht wochenlang hätte man die Zeilen des Lokalteils füllen können. Die Zahl der Abonnenten wäre in die Höhe geschnellt.

Aber nein! Diskrete Zurückhaltung legte sich die Press auf. Seriöse Nicht-Berichterstattung war ihr Motto. Nichts mit Yellow-Press und Tratsch und Klatsch. Vielleicht hat man aber auch den Pressekodex zu sehr verinnerlicht oder hatte andere Gründe.

Warum ließ Neher die Bombe - ein Bömbchen? - nicht vor der Wahl platzen? Die Antwort ist ganz einfach. Er konnte nicht abschätzen, welche Zerstörungskraft sie entfalten könnte.

Es ist kein strafbares Delikt von zwei Frauen zwei Kinder zu haben und zumindest die Mutter des ersten Kindes nicht geheiratet zu haben. Strafbar wäre, mit beiden Frauen verheiratet zu sein. Aber so etwas passiert einem versierten Juristen nicht.

Die Frage, die dahinter steht, ist eher eine der Moral, der Sitte, des Anstands. Aber was heißt das im Allgemeinen und im Besonderen in einer doch wohl immer noch katholisch geprägten Stadt?

Interessanter ist schon die Spekulation darüber, welchen Einfluss das Wissen über das zweite Kind des OB für die Wahlentscheidungen hätte haben können.

Da der Wiederkandidat seine Vaterschaft bis nach der Wahl verheimlicht hat, kann man davon ausgehen, dass er selbst es eher als Hindernis betrachtete.

Aber warum? Nun gut - Wiederholungstätern haftet der Ruch des Unbelehrbaren an. Wiederholungstäter scheinen Schwierigkeiten mit ihrer Resozialisation zu haben.

Hat das Privatleben eines Oberbürgermeisters etwas mit seiner Tätigkeit zu tun? Prinzipiell nicht, aber wenn es mit dem Vorenthalten von Informationen zu tun hat, die für den Wähler die Einschätzung des Kandidaten beeinflussen kann, dann schon. Oder wenn es um Informationen geht, die der Bürger zu seiner Meinungs- und Willensbildung braucht, dann ist auch nur ihr zeitweises Verschweigen unerträglich. Kann man davon ausgehen, dass er mit amtlichen Information anders umgeht?

Wie gut hätte es sich in Nehers Wahlflyer gemacht, wenn daraufhingewiesen worden wäre, wie leicht ihm Beziehungsaufbau fällt, was den schwarzen OB in Rottenburg mit dem grünen in Tübingen verbindet. (Welche landespolitische Weitsicht!) Wie zielstrebig und leistungsfähig er ist und wie leicht es ihm - hoffentlich - fällt, Politik und Familien miteinander zu verbinden.

Bleibt nur den Kindern, den Müttern und dem Vater alles Gute zu wünschen.

Oder kürzer entsprechend Nehers Wahlflyer:

gemeinsam. erfolgreich. weiter.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 9. April 2016, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Dienstag, 12. April 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 30. April 2016, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 4. Mai 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe: **Montag, 25. April 2016**

Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und und auf unserer Homepage:
www.die-linke-rottenburg.

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de

Redaktion
Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75

V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49